

## Das Kapital der Bürger

### Freiwilligenarbeit als Herausforderung der Politik

*Andreas Dörner/Ludgera Vogt*

#### 0. Einleitung

Wie ist politische Ordnung möglich? Was kennzeichnet eine *gute* politische Ordnung? Und welches sind die Voraussetzungen dafür, daß eine solche Ordnung nicht nur etabliert, sondern auch stabil auf Dauer gestellt werden kann? Die Reflexion dieser Kernfragen hat die politische Ideengeschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart hinein in immer wieder neuen Varianten beschäftigt und zu einer großen Fülle an mehr oder minder tragfähigen Antworten geführt.

So sah Aristoteles, dessen Gedanken sich – nicht zuletzt vermittelt über eine Hannah-Arendt-Renaissance – heute wieder erstaunlicher Aktualität erfreuen, die aktive Mitwirkung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten als zentrale Voraussetzung der gelungenen Ordnung. In der Neuzeit sind diese Perspektiven aufgenommen und transformiert worden in Machiavellis republikanischem Tugendideal, das – wie John Pocock (1975) überzeugend zeigen konnte – in einem transatlantischen Ideenexport später die amerikanischen Verfassungsväter inspiriert hat. Einschlägig ist hier auch Montesquieus Beschwörung des gemeinwohlorientierten Handelns, das die tugendhaften Bürger gleichsam durch eine habitualisierte Selbstkontrolle sicherstellen, und natürlich Rousseaus partizipatorische Erziehungsdemokratie, deren Werthorizont in einer öffentlich zelebrierten „Religion Civile“ stets präsent bleiben sollte.

Freilich ist kaum zu übersehen, daß der Bezug auf Tugenden und Werthorizonte eine voraussetzungsvolle Argumentation darstellt. Im Prozeß der Moderne, in dem unhinterfragte religiöse und kulturelle Gemeinsamkeiten zunehmend brüchig wurden, haben sich denn auch zahlreiche Skeptiker zu Wort gemeldet, die das Gelingen der Ordnung nur noch durch starke institutionelle Arrangements sichern zu können glaubten. Die Galerie reicht hier vom radikalen Staatsdeisionismus eines Thomas Hobbes bis hin zur aktuellen Gerechtigkeitsphilosophie eines John Rawls. Diese Denktradition hat im modernen Rechtsstaats- und Verfassungsdenken über lange Zeit hinweg eine nahezu dominante Stellung gewonnen, bis nun seit einigen Jahren die Defizite eines solchen reinen Institutionalismus immer deutlicher thematisiert wurden. Hier haben vor allem die Kommunitarier, Philosophen und Sozial-

wissenschaftler wie Charles Taylor, Benjamin Barber und Amitai Etzioni die gemeinschaftlichen Grundlagen moderner Politik thematisiert<sup>1</sup>. Partizipation, Bürgertugend und Engagement sind, verdichtet in den Leitbegriffen der Zivil- oder Bürgergesellschaft, wieder zu zentralen Kategorien der aktuellen Auseinandersetzung geworden. Die gute politische Ordnung, so lautet die nunmehr häufig vertretene These, kann allein dann realisiert werden, wenn den Bürgern nicht nur Möglichkeiten der Mitwirkung an den *Res Publica* eröffnet werden, sondern wenn sie diese Optionen aufgrund ihrer Werte und Identitätsvorstellungen auch zu nutzen geneigt sind. Ohne Partizipationsbereitschaft und einen bürgerlichen Habitus des Engagements wird demnach auch ein noch so ausgeklügeltes Institutionensystem blutleer und letztlich funktionsuntüchtig bleiben (vgl. Münkler 1997).

Dies – und nicht die tagespolitische Rhetorik leerer öffentlicher Kassen – ist der eigentlich relevante Hintergrund jener Debatten, die heute über Chancen und Probleme des bürgerschaftlichen Engagements geführt werden. Wir werden im Folgenden erstens freiwilliges soziales Engagement als eine unverzichtbare Ressource politischer Gemeinschaften beschreiben und *theoretisch* reflektieren. Dabei werden wir auf die in der Soziologie und Politikwissenschaft entwickelten neueren Konzepte des sozialen Kapitals zurückgreifen. In einem zweiten Schritt gilt es dann, aktuelle Entwicklungen der freiwilligen Tätigkeit und des Engagementpotentials in der deutschen Gesellschaft zu sichten und in ihrem sozialen Bedingungsrahmen zu reflektieren. Im dritten Schritt werden die seit den späten 80er Jahren in zahlreichen deutschen Gemeinden entstandenen Freiwilligenagenturen diskutiert. Sie erscheinen als eine neue, den Entwicklungstendenzen der Gegenwartsgesellschaft angemessene Institutionalisierungsform bürgerlichen Engagements, dessen Möglichkeiten und Grenzen aus sozialwissenschaftlicher Perspektive erst noch zu bestimmen sind. Zum Schluß werden dann einige Folgerungen für die politische Praxis formuliert.

## 1. Sozialkapital

Bürgerliches Engagement kann keineswegs nur in den Kategorien von Tugend und Opferbereitschaft verhandelt werden. Weiterführender erscheint der Versuch, den nüchternen Blick utilitaristischer Kalküle auf das Terrain zu richten. Dies kann mit Hilfe der in den 70er und 80er Jahren entwickelten Kapitaltheorien von Coleman, Putnam und Bourdieu geschehen. Im Konzept des sozialen Kapitals eröffnet sich die Möglichkeit, den spezifischen Nutzen und damit auch die politische Steuerungsleistung des Engagements sowohl im Hinblick auf Kollektive als auch auf Individuen zu analysieren.

Sozialkapital wird allgemein als eine Ressource verstanden, die sich aus den sozialen Beziehungen zwischen verschiedenen Akteuren ergibt. Je enger und verbindlicher das Netzwerk von gegenseitigen Beziehungen geknüpft ist, um so größer ist die Menge des Kapitals, das der einzelne, die Gruppe oder auch die gesamte Gesellschaft nutzen kann. Die entscheidende Gemeinsamkeit der verschiedenen Ansätze besteht darin, daß sie einen „Utilitarismus des Alltags“ unterstellen. Damit ist gemeint, daß soziales Handeln stets unter der Perspektive seines bewußt oder unbewußt angestrebten Nutzens betrachtet wird. Dieser Nutzen muß keineswegs im-

mer ein materieller Gewinn sein. Auch ideelle, emotionale oder symbolische Gewinne werden als Bestandteile des rationalen Kalküls von Akteuren in die Betrachtung einbezogen<sup>2</sup>. Sozialkapital kann Geld, Jobs oder Karrierechancen eröffnen, aber auch die Unterstützung eines Solidarnetzwerks, emotionalen Rückhalt, soziale Anerkennung oder Prestige „erwirtschaften“. Aus der Makroperspektive der Gesellschaft wiederum ist Sozialkapital als eine entscheidende Integrationsressource zu betrachten. Wo ein Mangel an dieser Ressource herrscht, drohen Desintegration, Anomie und sozialer Zerfall.

James S. Coleman, wichtigster Vertreter des einflußreichen Rational-Choice-Ansatzes, definiert Kapital zunächst allgemein durch seine „handlungsbegünstigende“ Wirkung: Mit Hilfe dieser Ressource kann ich mein Handlungsziel besser erreichen als ohne sie. Im Unterschied zu physischem Kapital oder auch zum Humankapital stellt aber das soziale Kapital eine Ressource dar, die streng relational zu denken ist. Man „hat“ es nicht im gleichen Sinn wie man eine Maschine oder auch ein bestimmtes Wissen besitzt, sondern es stellt sich her als eine Beziehung zwischen Personen (Coleman 1988 und 1991: 394ff).

Die wichtigste Form von sozialem Kapital sind Verpflichtungen und Erwartungen. Verpflichtungen funktionieren wie eine Art Gutschrift, die man bei einem anderen Akteur einlösen kann, um eine bestimmte Leistung zu erhalten. Soziales Kapital stellt hier also eine Kreditmasse dar: Je mehr Verpflichtungen sich ein Akteur offenhält, um so größer ist das Kreditvolumen, auf das er im Bedarfsfall zurückgreifen kann. Voraussetzung für das Funktionieren ist allerdings, daß das Vertrauensverhältnis intakt ist. Vertrauen ist also eine wichtige Bedingung dafür, daß diese Form von sozialem Kapital sich herausbilden und stabilisieren kann. Das bedeutet zum Beispiel, daß in einem sozialen Kontext, der stark anonymisiert und atomisiert ist, soziales Kapital nur schwerlich aufgebaut werden kann. In engen sozialen Netzwerken dagegen ist es ein Faktor, mit dem jeder Akteur rechnet.

Pierre Bourdieu hat die Dynamik des Sozialkapitals aus der Sicht individueller Akteure ausführlich analysiert<sup>3</sup>. Das Kapital kann sich demnach institutionalisieren in Mitgliedschaften aller Art, von der Familie bis zum exklusiven Club. Um Zugang zu einem solchen Netzwerk zu erhalten, muß man zunächst etwas investieren: Mitgliedschaften und Gefälligkeiten können Geld kosten, gebildete Plaudereien erfordern entsprechendes Wissen. Soziale Gruppen, innerhalb derer sich Beziehungsnetzwerke entfalten, achten in der Regel auch sehr genau darauf, daß eine gewisse Homogenität der Mitglieder gewahrt bleibt. Um also Zugang zu einem exklusiven Club zu erlangen, um das entsprechende Sozialkapital der Beziehungen nutzen zu können, muß man die notwendigen Ressourcen haben: sei es in Form von Geld, Bildung oder auch Prestige. Andersherum kann Sozialkapital jedoch auch einen „Multiplikatoreffekt“ ausüben. Je mehr Beziehungen ich also aufweisen kann, um so mehr kann ich aus meinem ökonomischen Kapital oder aus meiner Belesenheit machen. Gute Beziehungen stellen schließlich auch einen Machtgenerator dar, über den sich nachhaltig die Stellung des Akteurs im sozialen Raum bestimmt.

Coleman geht dann jedoch über diese enge Bestimmung des sozialen Kapitals als einer attraktiven Ressource von Individuen hinaus. Er versteht auch Normen als eine Form von Sozialkapital (Coleman 1991: 403). Hier scheint der Begriff zunächst überdehnt zu sein. Wenn man allerdings bedenkt, daß Coleman die Definition des Kapitals rein funktional vorgenommen hatte, nämlich als Ressource, die zur

Erreichung bestimmter Zielstellungen nutzbar gemacht werden kann, erscheint der Vorschlag schon plausibler.

Coleman verweist hier auf das Beispiel einer Familie, die aus einer amerikanischen Großstadt in eine israelische Großstadt umzieht und dort die Erfahrung macht, daß die Kinder ganz allein ihren Schulweg bewältigen können, weil in Israel jeder Erwachsene mit darauf aufpaßt, daß Kindern nichts zustößt. Gegenüber der amerikanischen Situation bedeutet dies also eine enorme Einsparung von Kosten, weil die Kinder in dieser Zeit nicht betreut werden müssen. Hier wird deutlich, dass anerkannte Normen ein wichtiges Element der Steuerung von menschlichem Verhalten sind. Wenn es also gelingt, bestimmte Normen so zu stabilisieren, daß sie ein Verhalten tatsächlich erwartbar machen, ist ein effektives Einflußmittel zur Hand.

Eine wirksame Norm kann sogar Dinge abrufen, die man mit Hilfe anderer Ressourcen, etwa mit Geld, nicht abrufen kann. Das trifft beispielsweise zu für soziale Kreativität und politisches Engagement. So schreibt Coleman: „Eine präskriptive Norm, die eine besonders wichtige Form des sozialen Kapitals innerhalb eines Kollektivs darstellt, ist die Norm, daß man Eigeninteressen zurückstellen sollte, um im Interesse des Kollektivs zu handeln. Eine Norm dieser Art, die durch soziale Unterstützung, Status, Ansehen und andere Belohnungen untermauert wird, ist das soziale Kapital, aus dem junge Nationen aufgebaut werden (...), das Familien in Gestalt von führenden Familienmitgliedern bestärkt, selbstlos im Interesse der Familie zu handeln, das die Entwicklung neu entstehender sozialer Bewegungen aus einer kleinen Gruppe engagierter, nach innen orientierter und sich gegenseitig belohnender Personen begünstigt und im allgemeinen Personen dazu bringt, für das öffentliche Wohl zu arbeiten“ (1991: 403). Man sieht dabei, daß auch diese Form des sozialen Kapitals verschiedener Investitionen bedarf, um aufgebaut und genutzt werden zu können. Die Akteure müssen positiv sanktioniert, d.h. konkret belohnt werden, damit sie weiter die Normen befolgen. Es ist ohne weiteres einsehbar, daß solche Normen, wie sie hier skizziert werden, auch eine wichtige Ressource von Gruppen und Gesellschaften sind.

Robert D. Putnam hat an Colemans Konzept angeknüpft und empirische Untersuchungen durchgeführt, die den kollektiven Nutzen von sozialem Kapital ganz in den Mittelpunkt stellen. Er versteht unter Sozialkapital Formen von gemeinsamen Ressourcen wie Netzwerke, Normen und Vertrauen (vgl. Putnam 1995: 664). Er führte in den 80er Jahren eine umfangreiche Studie über die Funktionsweise und Effektivität demokratischer Selbstverwaltungsinstitutionen in den italienischen Regionen durch (Putnam 1993). Dabei wurde ein erhebliches Nord-Süd-Gefälle festgestellt: Während die demokratischen Institutionen im Norden sehr gut funktionieren und die Partizipationsbereitschaft der Menschen groß ist, weist der Süden ein entgegengesetztes Bild auf. Der zentrale Unterschied liegt in der Bereitschaft der Norditaliener zum bürgerlichen Engagement, die mit einem grundsätzlichen Vertrauen in die demokratischen Institutionen einhergeht. Dieses Engagement zeigt sich auch in Clubs und Kulturorganisationen, während der Süden noch stärker auf hierarchisch strukturierte Organisationen wie Kirche und Mafia orientiert ist. Putnam konnte schließlich nachweisen, daß das soziale Kapital der engagementbereiten Bürger historisch langfristig gewachsen ist, da im Norden schon im Mittelalter kommunale Republiken mit horizontalen Netzwerken entstanden, während im Süden hierarchische Königreiche mit vertikalen Strukturen dominierten. Später wur-

den dann auch empirische Untersuchungen zum Sozialkapital in der amerikanischen Gesellschaft durchgeführt, in denen das Konzept weiter ausgebaut wurde und auch Gefahren einer Erosion dieser gemeinschaftlichen Ressource in der modernen Gesellschaft aufgezeigt werden konnten (Putnam 1995).

Somit bleibt zunächst festzuhalten, daß soziales Engagement sinnvoll verstanden werden kann als ein soziales Kapital. Die vielbeschworene Bürgergesellschaft erweist sich vor diesem Hintergrund als eine Gesellschaft mit stark ausgeprägtem Sozialkapital. Individuum und Gemeinschaft stehen dabei nicht, wie dies in der Perspektive klassischer Tugend- und Gemeinwohlkonzepte erscheinen würde, in einer Nutzenkonkurrenz zueinander, sondern ihre Kalküle sind durchaus kompatibel. Dies bedeutet auch, daß die potentiell totalitären oder zumindest anti-individualistischen Tendenzen starker Gemeinschaftlichkeit in dieser Konstellation stets eingehegt bleiben durch den gesunden Egoismus der individuellen Akteure.

Voraussetzung eines solchen Szenarios der kapitalstarken Bürgergesellschaft ist jedoch, daß sich die Nutzenkalküle gut entfalten können. Genauer gesagt: es sind zunächst von Seiten der Politik Investitionen erforderlich, die Rahmenbedingungen des Engagements verbessern und positive Sanktionen zum Aufbau der entsprechenden Dispositionen bei den Akteuren eröffnen. Wie diese Investitionen beschaffen sein müssen, kann jedoch nur unter genauer Berücksichtigung der konkret vorfindbaren Gegebenheiten bestimmt werden. Daher ist an dieser Stelle der Blick auf die empirische Entwicklung von Engagement und Engagementpotential zu richten.

## 2. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Die öffentliche Diskussion läßt seit den 80er Jahren häufig die Alarmglocken schrillen: Die gemeinschaftlichen Grundlagen von Politik und Gesellschaft, so heißt es, seien im Prozeß der Auflösung begriffen, die Ressourcen an Sozialkapital also nahezu aufgebraucht. Konkret wird dies festgemacht an einem vermeintlichen Rückgang des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements. Die Wohlfahrtsverbände klagen über Nachwuchssorgen: Die Bürger seien nicht mehr bereit, das Gemeinwohl über die Verfolgung ihrer eigenen Interessen zu stellen. Als Beleg wird gern verwiesen auf die Befunde der europaweit vergleichend angelegten EUROVOL-Studie von Gaskin u.a. (1996), derzufolge sich Deutschland mit nur ca.18 Prozent ehrenamtlich tätiger Bürger gemeinsam mit der Slowakei und Bulgarien als Schlußlicht der Rangfolge etabliert habe. Dies wird als Symptom einer Gesellschaft der Egoisten mit Ellbogenmentalität interpretiert und im Gestus des moralisierenden Bußpredigers als Aufforderung zur Umkehr vorgetragen.

Schaut man freilich genauer hin, dann zeigt sich schnell, daß diese grellen Diagnosen – ebenso wie die methodisch angreifbare EUROVOL-Studie – an der empirisch vorfindbaren Realität hierzulande deutlich vorbeigehen. So haben Rolf G. Heinze und Heiner Keupp (1997) in ihrer umfangreichen Studie für die gemeinsame Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels zeigen können, daß ca. 30 Prozent der deutschen Bevölkerung in freiwilliger Arbeit aktiv ist und daß im diachronen Vergleich von

1985 bis 1994 eine Zunahme von nicht weniger als 5 Prozent verzeichnet werden kann. Und Helmut Klages (1998) konstatiert auf der Grundlage des repräsentativen Surveys „Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement 1997“ sogar eine Quote der freiwillig Engagierten von 38 Prozent. In dieser Untersuchung war erstmals nicht abstrakt nach ehrenamtlichen Beschäftigungen gefragt, sondern eine Liste konkreter Tätigkeiten vorgelegt worden.

In diesen Studien werden auch einige Entwicklungstrends deutlich, die es erlauben, von einem Strukturwandel des Bürgerengagements zu sprechen. Rückgängig ist nämlich die Bereitschaft, im Rahmen großer, hierarchisch und bürokratisch durchorganisierter Verbände einer regelmäßigen Tätigkeit nachzugehen. Statt dessen sucht man abwechslungsreiche, zeitlich begrenzte Kontexte, in denen man selbstbestimmt tätig werden kann. Diese Entwicklung korrespondiert jenem „Marsch aus den Institutionen“, den Elmar Wiesendahl schon zu Beginn der 90er Jahre auch für das politische System und das vorgelagerte Verbändewesen in Deutschland beschrieben hatte<sup>4</sup>.

Weitere, qualitative und quantitative Studien von Martin Kohli u.a. (1993) und Gisela Jakob (1993) haben zeigen können, daß die sogenannten „neuen Ehrenamtlichen“ mit gewandelten Erwartungen an die Felder des Engagements herantreten: Sie suchen Sinnerfahrungen in sozialen Situationen, sie machen ihr Engagement von der aktuellen biographischen Passung abhängig, sie erwarten Spaß und Geselligkeit, und sie wollen in einem möglichst flexiblen Zeitregime handeln. Außerdem wird für das, was man leistet, eine entsprechende Anerkennung, beispielsweise in Form von öffentlichen Ehrungen oder anderen symbolischen Gratifikationen, erhofft. Neben die klassische Semantik des Helfens tritt also eine neue Relevanz der „Helferrückwirkung“, ohne die vor allem die jüngeren Engagierten kaum noch zu motivieren sind (Müller-Kohlenberg u.a. 1994: 60ff). Hier zeigt sich, daß die oben beschriebene Kapitallogik in ihrer zweifachen Nutzendimension – für das Individuum *und* für die Gemeinschaft – durchaus zutreffende Analysen ermöglicht: Nur wenn das im weiteren Sinne eigennützige Kalkül der Akteure aufgeht, kann auch das Kollektiv profitieren.

Diese Befunde lassen sich durch neuere Untersuchungen zum freiwilligen Engagement in den USA bestätigen: so zeigen Lichterman (1996) und Wuthnow (1991), daß nur dort, wo die Individuen ihre geselligen und expressiven Bedürfnisse erfüllen können, diese auch zur Investition ihrer Zeit und ihrer Fähigkeiten bereit sind. Wo eine solche Passung zwischen Bedarf und Bedürfnissen gelingt, da werden enorme Ressourcen erschlossen. So zeigt sich, daß in den neuen amerikanischen Volunteer Centers vor allem jüngere, dynamische, akademisch gut ausgebildete und kreative Menschen tätig sind. Freilich wird in vergleichender Perspektive auch deutlich, daß der organisatorische Rahmen in Amerika den Erwartungen den neuen Ehrenamtlichen sehr viel besser angepaßt ist als die Gegebenheiten in Deutschland – dies hat eine 1997 erschienene Studie von Olaf Streng eindrucksvoll belegen können. Auch ein Blick auf andere europäische Länder, etwa auf Großbritannien und die Niederlande, zeigt, daß im Hinblick auf den institutionellen Rahmen des neuen Bürgerengagements hierzulande noch vieles zu tun bleibt.

Was sind nun die gesellschaftlichen Ursachen für den beschriebenen Strukturwandel des Engagements? Ohne hier zu weit ausholen zu können, lassen sich doch einige Faktoren benennen:

1. Der Prozeß des *Wertewandels*: Nicht zufälliger Weise hat Helmut Klages, der neben Ronald Inglehart die Wertewandelsdebatte in den 80er Jahren auf der Grundlage empirischer Forschungen weit vorantreiben konnte, seine Survey-Untersuchung im Jahr 1997 auf den Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und Wertewandel justiert<sup>5</sup>. Wenn eine Verschiebung von den Pflicht- und Akzeptanzwerten zum Paradigma der Selbstverwirklichung stattgefunden hat, dann erscheint es plausibel, daß die wertgewandelten Akteure nun – statt einer Opfer- und Dienstsemantik zu gehorchen – die freiwillige Tätigkeit als Forum der Persönlichkeitsbildung, der Horizonterweiterung und der Expression ihres eigenen kreativen Selbst verstehen. Die entscheidende Pointe liegt dabei in der Erkenntnis, daß Wertewandel und Engagement keineswegs im Widerspruch zueinander stehen. Die neue Generation der Freiwilligen ist hochmotiviert, aber sie verlangt andere institutionelle Designs für das Engagement.
2. Der Prozeß der *Individualisierung*: Mit den Befunden der Wertewandelsforschung einher geht die aus der empirischen Sozialstruktur- und Lebensstilforschung unterfütterte Individualisierungsthese. Sie macht plausibel, warum die Akteure immer weniger bereit dazu sind, sich in traditional „gegebene“ Strukturen und Orientierungen einzufügen. Wenn die von Hitzler und Beck/Beck-Gernsheim so benannte „Bastelbiographie“ als ein Paradigma der post-traditionalen Lebensführung zutrifft – und viele Befunde sprechen dafür –, dann wird auch verständlich, warum das Engagement nicht mehr regelmäßig und organisationsgebunden, sondern patchworkartig und vielgestaltig erfolgt<sup>6</sup>.
3. Der Aufstieg der *Erlebnisgesellschaft*<sup>7</sup>: In der deutschen Kultur hatten sich Moralität und Zivilität traditionell immer mit einem Askeseideal verbunden. Um so erstaunlicher, daß nunmehr der Hedonismus in der Erlebnisgesellschaft in den Bereich der sozialen Legitimität vorgerückt ist. Namentlich für die jüngeren Generationen gilt: Was man tut, muß Spaß bringen. „Have Fun“ ist zu einem kategorischen Imperativ geworden, und für viele Akteure rangiert der Erlebniswert des Handelns weit über allen Sinnfragen. Statt als kleiner Soldat im großen Heer verbandlich organisierter Ehrenamtlicher an seinem Platz den Dienst zu verrichten, sucht der Erlebnishedonist diejenigen Tätigkeiten auf, die ihm irgendwie interessant, neu, herausfordernd oder auch einfach unterhaltsam erscheinen. Was darauf jeweils zutrifft, kann von Individuum zu Individuum durchaus unterschiedlich ausfallen. So erscheint es etwa Managern oder Sachbearbeitern aus großen Unternehmen als attraktiv, in der Kinderbetreuung oder Jugendarbeit tätig zu werden, um dort neue Erfahrungen und auch Lernprozesse zu durchlaufen. Andere betätigen sich gern handwerklich oder haben im Gespräch mit Senioren Teil an deren biographischem Erfahrungsschatz. Zahlreiche Modellprojekte eines solchen Austausches zwischen „klassischer“ Wirtschaft und „Drittem Sektor“ etwa in der Schweiz und neuerdings auch in Deutschland deuten darauf hin, daß hier tatsächlich erheblicher Bedarf besteht<sup>8</sup>.

### 3. Freiwilligen-Agenturen

Es ist nun deutlich geworden, daß die gewandelte gesellschaftliche Situation eine neue Passung zwischen Hilfebedarf und Helferbedürfnis erfordert. Eine der zumindest in Deutschland neuen institutionellen Formen, die eine solche Passung zu leisten verspricht, ist die Freiwilligenagentur<sup>9</sup>. Seit dem Ende der 80er Jahre sind zunächst in einigen Großstädten wie Berlin und München, später auch in der Provinz zahlreiche solcher Agenturen entstanden. Sie funktionieren primär wie eine Vermittlungsbörse zwischen Angebot und Nachfrage, um die Interessen der Freiwilligen möglichst optimal mit den Beschäftigungsmöglichkeiten in der jeweiligen Stadt oder Region zu verknüpfen. Über diese bloße Vermittlungstätigkeit hinaus soll jedoch auch ein Rahmen für ausführliche Beratung, Informationsbeschaffung und Weiterbildung etwa im Bereich Fundraising und Management geboten werden, der es auch kleineren Projekten im Dritten Sektor ermöglicht, effektiver ihre Ziele zu erreichen. Die größeren Agenturen wie der „Treffpunkt Hilfsbereitschaft“ in Berlin versuchen ganz bewußt auch einen sozialen Kontext für die Freiwilligen zu schaffen, der ihnen Geselligkeitsoptionen sowie ein regelmäßiges Forum gegenseitiger Unterstützung und Anerkennung bietet. Manche Agenturen können bei ihrer Arbeit auch die neuesten Kommunikationstechnologien nutzen, so daß beispielsweise das Internet zu einem wichtigen Medium der Werbe- und Vermittlungsarbeit geworden ist. Viele deutsche Agenturen sind in einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft organisiert, um sich bei der Interessenwahrnehmung wie bei der Reflexion über die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Arbeit gegenseitig zu unterstützen<sup>10</sup>.

Nun können alle bisherigen Erfolge der Agenturen natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie keine neue Zauberformel bieten, mit der sämtliche Probleme des klassischen sozialstaatlichen Systems behoben werden können. Und es ist auch einsichtig, daß die flexibel-offenen Organisationsformen gerade die dauerhaften, auf verlässliche Regelmäßigkeit angewiesenen Tätigkeiten etwa im Sozial- und Gesundheitswesen nicht in der Weise abdecken können, wie dies die großen Verbände tun. Aber es läßt sich sehr wohl argumentieren, daß hier eine wichtige Ergänzung zum bestehenden System heranwächst, die Lücken auszufüllen vermag und vor allem ein neues, noch nicht ausgenutztes Potential an Aktiven für eine lebendige Bürgergesellschaft erschließen kann.

Wie hat man sich nun die besonderen Vorzüge der Funktionsweise von Freiwilligenagenturen vorzustellen? Wir möchten dies zeigen unter Rückgriff auf das vorhin eingeführte Konzept des Sozialkapitals. Die Agenturen erweisen sich in dieser Perspektive nämlich als ein wirksamer Generator von sozialem Kapital sowohl für die Individuen als auch für die Gemeinschaft.

1. Folgt man zunächst der Sichtweise Colemans und Putnams, dann ist die Engagementbereitschaft der Menschen als ein für moderne Gesellschaften unverzichtbares soziales Kapital zu betrachten. Und dies ist keineswegs nur ein Lückenbüßer oder eine Billiglösung für wegfallende sozialstaatliche Leistungsmöglichkeiten. Die soziale Integration der Bürger, die sich heutzutage nicht mehr über unhinterfragte Einbettungen der Menschen in Milieus, Klassen, Berufsstände oder Familien ergibt, kann durch das soziale Kapital freiwilligen Engagements erheblich ge-

fördert werden. Engagierte Menschen, so hat vor allem Putnam (1995) zeigen können, haben zugleich auch mehr Vertrauen zu ihren Mitmenschen und zu den existierenden sozialen Institutionen. Sie sind bereit, sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen und aktiv zur Lösung anstehender Probleme beizutragen. Freiwilligenagenturen pflegen und fördern dieses soziale Kapital, indem sie einen den gewandelten Bedarfen und Bedürfnissen angemessenen organisatorischen Rahmen für das Engagement bereitstellen.

Es kann insgesamt ein lose gekoppeltes Netzwerk entstehen, das mehr Menschen aus der passiven Klienten- in eine aktive Bürgerrolle hineinbringt. Der Partizipationsgrad, die Teilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten wird auf diesem Wege gesteigert, Frustration und Verdrossenheit im Gegenzug verringert. Die Bürgergesellschaft steuert sich auf diesem Wege zunehmend selbst und gewinnt gegenüber dem Staat an Autonomie. In aktiven Stadtteilen ergeben sich mehr kooperative Kontakte zwischen den Bürgern, weniger Vereinsamungsphänomene und auch weniger Rechtsstreitigkeiten. Nachbarschaften und öffentliche Plätze werden nachweisbar sicherer. Eine Gesellschaft, die ein Interesse an der Entlastung ihrer Institutionen hat und auch Prävention gegen soziale Probleme betreiben will, sollte also die Freiwilligenagenturen als Generator von sozialem Kapital fördern.

2. Entscheidend ist nun aber, daß nicht nur das Kollektiv, die Gesellschaft, die Sozialkonzerne des Dritten Sektors oder der Staat von der Ressource Sozialkapital profitieren und den „Mehrwert“ des Kapitaleinsatzes nutzen können. Auch der einzelne Engagierte erhält durch die Tätigkeit, die ihm eine Agentur vermittelt, Chancen, sein Sozialkapital im Sinne Bourdieus zu erhöhen. Er lernt in positiv definierten Situationen neue Menschen kennen, kann Kontakte knüpfen auf Klienten- wie auf Mitarbeiterebene und so sein eigenes Beziehungsnetzwerk ausbauen.

Unter den Mitarbeitern können sich Freundschafts- und Bekanntschaftsnetzwerke entwickeln, wobei hier die Agenturen durch entsprechende Einrichtungen wie regelmäßige gemeinsame Treffen oder Feiern einiges zur Förderung beitragen können. Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß man sich durch freiwilliges Engagement auch Ansehen und Anerkennung erwerben kann, das einem durchaus den Zugang zu sozialen Kreisen eröffnet, in denen man sich zuvor nicht selbstverständlich bewegt hat. Auch hier gilt, daß die Agenturen die Kapitalbildung auf Seiten der Freiwilligen unterstützen, indem sie beispielsweise für Publizität und ehrende Anerkennung für erbrachte Leistungen sorgen. In den USA ist es durchaus üblich, daß Freiwillige mit großem Engagement einen Honoratiorenstatus erlangen, der sich über ein entstehendes Beziehungsnetzwerk auch für eigene private Interessen nutzen läßt.

In einer Zeit, in der die traditional gewachsenen Bindungen über Milieus und Familien immer seltener und immer brüchiger werden, bieten Freiwilligenagenturen neue, zeitgemäße Foren für die Entwicklung von persönlichem Sozialkapital. Dies ist durchaus auch als nützliches Gegengewicht zu jenen Mobilitätskosten zu sehen, die unsere gegenwärtige Arbeitsgesellschaft von vielen Menschen fordert. Jeder soziale Kontextwechsel, den man aufgrund eines berufsbedingten Umzugs durchführen muß, behindert den gewachsenen Aufbau von funktionierenden Nachbarschaften und Freundschaften. Diese wiederum wirken sich bekanntermaßen po-

sitiv auf die Gesundheit und Befindlichkeit der Menschen aus und reduzieren somit Folgekosten für das Gesundheitssystem. Die Agenturen bieten hier eine effektive Möglichkeit des schnellen Zugangs zu sozialen Kontakten.

Festzuhalten ist also, daß jede Investition im Kontext der Freiwilligenarbeit sich um ein Vielfaches auszahlen kann, da mit dem entstehenden Sozialkapital eine Ressource geschaffen wird, die mit Geld oder Zeit alleine nicht zu bekommen wäre. Andere positive Effekte, die jenseits der Sozialkapitalebene liegen – Lernprozesse oder einfach auch der Nutzen einer persönlichen Sinnfindung in mitmenschlicher Tätigkeit – wären dabei noch hinzuzuzählen.

Und hier wird nun deutlich, daß eine *Kapitalakkumulation* zunächst der *Kapitalinvestition* bedarf. Wenn man also durch die Arbeit der Agenturen Sozialkapital erwirtschaften will, dann muß man bereit sein, zunächst ökonomisches Kapital in Form von Haushaltsmitteln zu investieren, um die Agenturtätigkeit effektiver zu gestalten. Die Herausforderung der Politik durch die im wesentlichen „von unten“ entwickelten Freiwilligenagenturen besteht vor allem darin, daß eine sinnvolle Förderung und Gestaltung der Rahmenbedingungen geschaffen werden muß, damit die flexible Infrastruktur des freiwilligen Bürgerengagements besser ausgebaut werden kann. Dies beginnt bei der Einrichtung hauptamtlicher Stellen, auf denen gut ausgebildete Fachleute des Dritten Sektors den Agenturen nicht nur die erforderliche Kontinuität in der Arbeit, sondern auch das wertvolle Know How in Sachen Management, Fundraising, Beratung und im Umgang mit Menschen zur Verfügung stellen können. Neben Personalmitteln wäre an eine Sachmittelförderung beispielsweise im Bereich von Computern, Software und Online-Anschlüssen zu denken, so daß alle Agenturen moderne Kommunikationswege für ihre Arbeit nutzen können. Dabei ist immer zu bedenken, daß man nur dann gut gebildete und versierte Mitstreiter für das Engagement gewinnen wird, wenn die Tätigkeitsfelder auch mit einem hinreichend großen Handlungsspielraum verknüpft sind. Ohne Autonomie bekommt man bei diesen Bevölkerungsgruppen auch kein Engagement.

Wie für andere ehrenamtliche Tätigkeiten im herkömmlichen Sinne schon seit längerem gefordert wird, so lassen sich auch im Hinblick auf die Engagementpotentiale in Freiwilligenagenturen einige wichtige Rahmenfaktoren benennen, durch die gefördert werden kann: die Anerkennung von Tätigkeitszeiten auf Rentenanprüche; die Gewährung von Unkostenerstattungen, damit auch weniger wohlhabende Personen sich eine freiwillige Tätigkeit überhaupt leisten können; zumindest jedoch eine erweiterte steuerliche Abzugsfähigkeit von entsprechenden Ausgaben; und schließlich eine kostenfreie Haftpflichtversicherung, die das Risiko von etwaigen Negativfolgen der Tätigkeit nicht bei den Freiwilligen beläßt. Und auch Arbeitslosen sollte es ermöglicht werden, sich zu engagieren, ohne daß aufgrund von eingeschränkter Vermittelbarkeit sofort eine Streichung der Ansprüche droht.

Schließlich aber ist auch darauf hinzuwirken, daß einschlägige Behörden – etwa Jugend- und Sozialämter – systematisch Wege der Zusammenarbeit mit Freiwilligenagenturen eröffnen und darüber nachdenken, wo sich das flexible Engagement der Bürger bereichernd für alle Beteiligten zur Geltung bringen läßt. Zu guter Letzt sei noch die symbolische Ebene der öffentlichen Anerkennung angesprochen. Einer der wesentlichen Vorzüge des amerikanischen Systems ist der Umfang und die Begeisterung, mit der Ehrungen vorgenommen werden. Von der örtlichen „Wall of Fame“, an der die Personen und ihre Leistungen sichtbar gemacht werden, bis zur

feierlichen Verleihung von Ehrenzeichen reicht hier das Spektrum. Neuere soziologische Studien konnten belegen, daß symbolische Gratifikationen solcher Art auf die Akteure durchaus beflügelnd wirken können (vgl. Vogt 1998). In Deutschland ist die Kultur der Ehrung jedoch weitgehend unterentwickelt. Bundesverdienstkreuze, die an die Tigerbändiger Siegfried und Roy in Las Vegas verliehen werden, rufen eher Kopfschütteln als Zustimmung hervor. Die gesamte Ehrungs- und Ordenspraxis, deren Problematik mittlerweile selbst vom zuständigen Bundespräsidialamt eingeräumt wird, bedürfte dringend der Reform, damit aus dem abgehobenen, bürgerfernen Verdienstorden eine lebendige Praxis gemeinschaftlicher Anerkennung werden kann. Dabei ist institutionelle Phantasie gefragt, aber diese Investition von Zeit und Mühen kann sich vielfältig rentieren, wenn es gelingt, den Engagierten durch einen Ehrenplatz in der symbolischen Ordnung einen Motivations Schub zu verabreichen. Schon Thomas Hobbes hatte in seinem Leviathan (Kap. 18) nachdrücklich auf die Relevanz staatlicher Ehrungspolitik als Steuerungsmittel von Gesellschaften verwiesen. Auch in diesem Punkt scheint der alte Machtrealist aus Malmesbury seine Aktualität noch nicht eingebüßt zu haben.

## Anmerkungen

- 1 Zur kommunitaristischen Diskussion vgl. die Beiträge in Honneth (1993).
- 2 Siehe dazu ausführlich Vogt (2000).
- 3 Bourdieu unterscheidet grundlegend zwischen ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital. Diese Sorten können sich wiederum in verschiedenen feldspezifischen Kapitalformen wie religiösem oder politischem Kapital ausdrücken; vgl. Bourdieu (1983, 1985).
- 4 Vgl. Wiesendahl (1990). Diese Entwicklung läßt auch das in Deutschland über lange Zeit erfolgreiche Modell der Mitgliederpartei als ein Auslaufmodell erscheinen (vgl. Wiesendahl 1997).
- 5 Zum Wertewandel in Deutschland vgl. Klages (1984); zur weltweiten Situation siehe die vergleichend angelegte Studie von Inglehart (1997).
- 6 Vgl. Hitzler (1988) und Beck/Beck-Gernsheim (1993).
- 7 Zum Konzept der Erlebnisgesellschaft siehe ausführlich Schulze (1992). Dabei darf nicht übersehen werden, dass wir es am Beginn des neuen Jahrtausends vor allem mit einer medialen Erlebnisgesellschaft zu tun haben, die weitreichende Folgen auch für die politische Identitätsbildung der Bürger zeitigt (vgl. Dörner 2000).
- 8 In der Schweiz wird seit Jahren erfolgreich das Projekt „Seitenwechsel“ betrieben. Vor allem weltweit agierende Unternehmen haben jedoch auch in anderen Ländern zeigen können, daß sich der ehrenamtliche Einsatz von Mitarbeitern tatsächlich auch im Sinne der direkten Effektivitätssteigerung rechnen kann (vgl. dazu Janning/Bartjes 1999).
- 9 Einen Einblick in die Arbeit, in Chancen und Probleme von Freiwilligenagenturen vermitteln die Tagungsdokumentationen der Stiftung Mitarbeit und der Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen (vgl. etwa Fels 1997, 1999).
- 10 Auch die großen Wohlfahrtsverbände, vor allem die Caritas und der Paritätische, haben mittlerweile zahlreiche Freiwilligenagenturen ins Leben gerufen. Dies geschieht sicher auch in der Absicht, auf den enger werdenden Märkten des Dritten Sektors die eigenen Marktanteile zu verteidigen, die ja nicht nur durch Freiwilligenagenturen, sondern auch durch andere Non-Profit-Organisationen angegriffen werden.

## Literatur

- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1993): Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. In: Zeitschrift für Soziologie 22 (1993), 178-187.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. (= Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen, 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und 'Klassen'. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen. Frankfurt/M.
- Coleman, James S. (1988): Social Capital and the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, 94 (Supplement), 95-120.
- Coleman, James S. (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. Bd. 1: Handlungen und Handlungssysteme. München.
- Dörner, Andreas (2000): Politische Identität in Unterhaltungsöffentlichkeiten. Zur Transformation des Politischen in der medialen Erlebnisgesellschaft. In: Robert Hettlage, Ludgera Vogt (Hg.), Identitäten in der modernen Welt. Wiesbaden, 155-180.
- Fels, Sylvia (Red.) (1997): Solidarität inszenieren. Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Bonn.
- Fels, Sylvia (Red.) (1999): Wozu Freiwilligen-Agenturen? Visionen und Leitbilder. Bonn.
- Gaskin, Katharine u.a. (1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Hg. von der Robert Bosch Stiftung. Freiburg/Br.
- Heinze, Rolf G. / Keupp, Heiner (1997): Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die „Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum, München.
- Hitzler, Ronald (1988): Sinnwelten. Ein Beitrag zum Verstehen von Kultur. Opladen.
- Honneth, Axel (Hrsg.) (1993): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton.
- Jakob, Gisela (1993): Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographischeanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen.
- Janning, Heinz / Bartjes, Heinz (1999): Ehrenamt und Wirtschaft. Internationale Beispiele bürgerschaftlichen Engagements der Wirtschaft. Stuttgart.
- Klages, Helmut (1984): Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt, New York.
- Klages, Helmut (1998): Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B38/1998, 29-38.
- Kohli, Martin u.a. (1993): Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby. Opladen.
- Lichterhan, Paul (1996): The Search for Political Community. American Activists Reinventing Commitment. Cambridge.
- Müller-Kohlenberg u.a. (1994): Laien als Experten. Eine Studie zum sozialen Engagement im Ost- und Westteil Berlins. Frankfurt/M. u.a.
- Münkler, Herfried (1997): Der kompetente Bürger. In: Ansgar Klein, Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Bonn, 153-172.
- Pocock, John G.A. (1975): The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and The Atlantic Republican Tradition. Princeton, London.
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton.
- Putnam, Robert D. (1995): Tuning In, Tuning Out. The Strange Disappearance of Social Capital in America. In: PS: Political Science & Politics 28, 664-683.
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart. Frankfurt/M., New York.

- Vogt, Ludgera (1998): „Aktivposten mit Dauerauftrag“ – Die Inszenierung von Werten. Eine Fallstudie zur Alltagspraxis staatlicher Auszeichnungen. In: Herbert Willems, Martin Jurga (Hg.), *Inszenierungsgesellschaft. Ein einführendes Handbuch*. Opladen/Wiesbaden 1998, 253-272.
- Vogt, Ludgera (2000): Identität und Kapital. Über den Zusammenhang von Identitätsoptionen und sozialer Ungleichheit. In: Robert Hettlage, Ludgera Vogt (Hg.): *Identitäten in der modernen Welt*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, 77-100.
- Wiesendahl, Elmar (1990): Der Marsch aus den Institutionen. Zu Organisationsschwächen politischer Parteien in den 80er Jahren. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B21/1990*, 3-14.
- Wiesendahl, Elmar (1997): Noch Zukunft für die Mitgliederparteien? Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation. In: Ansgar Klein, Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*. Bonn, 349-381.
- Wuthnow, Robert (1991): *Acts of Compassion. Caring for Others and Helping Ourselves*. Princeton.

